

BESCHLUSS

des a.o. Bundesparteitages der FDP, Berlin, 7. bis 8. Dezember 2013

(vorbehaltlich der Überprüfung durch das Wortprotokoll)

Menschenwürdige Asylpolitik

Die irreguläre Zuwanderung in die Europäische Union ist unverändert stark. Immer wieder kommt es auf dem Mittelmeer zum Tod vieler Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten. Die EU-Staaten mit entsprechenden Außengrenzen sind mit der Unterbringung und Versorgung der Menschen nicht mehr allein gewachsen. In den entsprechenden Auffanglagern herrschen katastrophale Zustände, die ebenso wie die Behandlung durch staatliche Organe mit dem europäischen Begriff der Menschenwürde und -rechte nur schwerlich vereinbar erscheinen.

Die FDP fordert die Schaffung eines europäischen „Grundrechts“ auf Asyl. Damit muss eine deutliche Verbesserung der Asylverfahren und Zustände von Antragstellern in ganz Europa erreicht werden. Auch soll darauf hingewirkt werden, dass dieses Grundrecht auf Asyl und die EMRK in internationalen Gewässern, beispielweise dem Mittelmeer, Anwendung findet, wenn Asylbewerber mit europäischen Behörden in Kontakt kommen. Asyl/Flüchtlingspolitik muss in Zukunft als europäische Aufgabe verstanden und das Dublin-II-Abkommen durch ein neues Abkommen mit einem europaweiten Verteilungsschlüssel ersetzt werden, um eine solidarische und menschenrechtskonforme Verteilung von Asylbewerbern in der EU zu gewährleisten.

Mit einer besseren Verwaltung des Flüchtlingsansturms ist es aber nicht getan. Die Tatsache, dass Jahr für Jahr zehntausende Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen, um eine Möglichkeit zu haben, ihren Traum von einem Leben in Wohlstand und Gesundheit zu verwirklichen, können wir nicht einfach ignorieren. Zuwanderungs- und Asylpolitik müssen daher besser verzahnt werden.

Die FDP steht für eine liberalere Flüchtlings-, Asyl-, und Ausländerpolitik in den Bundesländern. Ein verbesserter Zugang zum Arbeitsmarkt, die Aufhebung der Residenzpflicht und die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern sind für die Liberalen wichtige Maßnahmen, um Integration und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.